



Im »Spreehotel« in Bautzen begutachtet Sachsens Innenminister Armin Schuster die Spuren des Brandanschlags

Brandstiftung in Wort und Tat

Feuer im Bautzener »Spreehotel« weckt Erinnerungen an frühere fremdenfeindliche Übergriffe in Sachsen

In Sachsen droht eine Neuauflage der fremdenfeindlichen Übergriffe von 2015/16. In Bautzen brannte eine geplante Flüchtlingsunterkunft, auf die schon vor sechs Jahren Brandsätze geflogen waren. Auch in einschlägig bekannten Orten wie Chemnitz-Einsiedel und Heidenau formiert sich erneut rechter Protest.

HENDRIK LASCH

Der Angriff auf das »Spreehotel« in Bautzen war keine Aktion aus einer spontanen Laune heraus. Die einstige 4-Sterne-Herberge liegt nördlich der Autobahn A4 in einem Naherholungsgebiet am Rande einer Talsperre neben Tennisplätzen und Badestrand. Seit 2017 steht sie leer. Am Mittwoch sollten die ersten 30 von bis zu 200 Flüchtlingen einziehen. Im Zaun dieses Gebäudes wurde am vergangenen Freitag kurz nach fünf am Morgen ein Feld ausgehebelt. Danach wurden eigens gesicherte Fenster eingeworfen und mehrere Brandsätze in das Gebäude geschleudert. Laternen gibt es an dieser Stelle nicht, der Wald ist nicht weit entfernt, der Fluchtweg also kurz. Die Täter, die das Hotel angriffen, wussten also anscheinend genau, was sie taten, und sie handelten überlegt und planvoll. Nur glücklichen Umständen und dem Agieren der Feuerwehr ist es zu verdanken, dass keiner der vier im Gebäude befindlichen Menschen zu Schaden kam und das Hotel nicht komplett abbrannte.

In Sachsen scheint sich derzeit Geschichte zu wiederholen. Das Feuer im »Spreehotel« war ein fremdenfeindlicher Anschlag. Daran ließ Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) keinen Zweifel, schon bevor er am Samstagabend den Tatort besichtigte. »Aus Hass Häuser anzuzünden, weil man Geflüchtete nicht in seiner Nähe haben möchte, ist zutiefst primitiv und menschenverachtend«, hatte er vorab erklärt. Die Ermittlungen zum Brand führt das Polizeizele des Terrorismus- und Extremismus-Abwehrzentrum (PIAZ) des Landeskriminalamtes, dessen Chef Dirk Münster den Minister in Bautzen begleitet. Die Polizei hat einen Zeugenaufruf gestartet. Der Betreiber geht derweil nach Angaben der »Leipziger Volkszeitung« davon aus, dass die Unterkunft trotz des Attentats wie geplant ab dieser Woche als Flüchtlingsunterkunft genutzt werden kann.

Dass aus Hass Häuser angezündet werden, in denen Flüchtlinge wohnen sollen, ist in Sachsen freilich nichts Neues. Das »Spreehotel« selbst, das ab 2015 schon einmal zeitweilig als Flüchtlingsunterkunft diente, wurde im Dezember 2016 von drei jungen Männern mit Molotowcocktails angegriffen. Der Schaden war glücklicherweise gering. Die Täter wurden 2019 zu Bewährungsstrafen verurteilt, allerdings nicht wegen Brandstiftung, sondern nur wegen »Störung des öffentlichen Friedens«. Im Februar 2016 war mit dem Bautzener Hotel »Husarenhof« bereits eine andere geplante Flüchtlingsunterkunft angezündet worden. Das Gebäude brannte vollständig aus und wurde später abgerissen. Noch während des Brandes hatte sich damals eine applaudierende Menschenmenge gesammelt; teils wurden die Löscharbeiten behindert. Dieser Anschlag ist bis heute nicht aufgeklärt.

.....
»Aus Hass Häuser anzuzünden, weil man Geflüchtete nicht in seiner Nähe haben möchte, ist zutiefst primitiv und menschenverachtend.«

Armin Schuster Innenminister

Doch nicht nur in Bautzen gibt es derzeit ernste Anzeichen dafür, dass eine Wiederholung der Welle fremdenfeindlicher Übergriffe von 2015/16 bevorstehen könnte. Im Chemnitzer Ortsteil Einsiedel gibt es wieder wöchentliche Proteste. Dort soll im ehemaligen Pionierlager »Palmiro Togliatti« eine Flüchtlingsunterkunft eingerichtet werden – wie schon vor sieben Jahren. Auch damals gab es massiven Widerstand in Form von Demonstrationen. Zudem flogen im April 2016 drei Brandsätze auf das Gelände, verfehlten aber die Gebäude. Jetzt sammeln sich Gegner wieder jeden Mittwoch zum Protest.

Ein anderer Ortsname, der böse Erinnerungen weckt, ist Heidenau. Dort hatte 2015 ein rechtsextremer Mob tagelang vor einem ehemaligen Baumarkt randaliert, der zur Unterkunft für Asylbewerber umfunktioniert worden war. Bei einem Besuch vor Ort hatte der damalige Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) die gewalttätigen Ausländerhasser als »Pack« bezeichnet, ein Begriff, den manche der so Gescholtenen seither stolz

vor sich hertragen. Jetzt ruft ein örtlicher Rechtsextremer in der Kleinstadt am südlichen Dresdner Stadtrand erneut zum Protest gegen ein angeblich geplantes Containerdorf, das Flüchtlinge beherbergen soll.

Der Fall des Bautzener »Spreehotels« zeigt, wie schnell solche »Proteste« in Gewalt umschlagen können. Dort hatte es erst am Dienstag eine Kundgebung der örtlichen AfD um den Bundestagsabgeordneten Karsten Hilde gegeben. Es wirkt im Rückblick fast zynisch, dass dabei einer der Teilnehmer ein Kreuz mit der Aufschrift »Sicherheit« trug. Nach dem Anschlag wenige Tage später konstatierte die sächsische Linksabgeordnete Kerstin Köditz: »Die AfD liefert die Schlagworte, andere werfen Brandsätze.« Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) nannte zwar die Adressaten nicht ausdrücklich beim Namen, wurde aber ebenfalls deutlich: Der »widerwärtige« Anschlag in Bautzen sei »das erschütternde Ergebnis von Hetze«. Das Kulturbüro Sachsen verwies darauf, dass Bautzen eine Hochburg des organisierten Rechtsextremismus sei und es ein regionales Netzwerk aus Neonazis, einer starken AfD und Verschwörungsideologen gebe, zu dem auch bürgerliche Politiker teils nur unzureichend auf Distanz gehen. Unlängst hatte Oberbürgermeister Karsten Vogt (CDU) auf einer Kundgebung der einschlägig bekannten »Mahnwache Bautzen« zur Energiepolitik gesprochen – vor einem Transparent mit dem rechtsextremen Slogan vom »Great Reset«, was er freilich nicht kommentierte.

Anschläge wie in Bautzen oder Proteste wie in Einsiedel sind keine lokalen Phänomene. In den sozialen Netzwerken kursierte nach dem Feuer im »Spreehotel« ein Video von einer Gesprächsveranstaltung im »Institut für Staatspolitik«, das der rechtsextreme Vordenker Götz Kubitschek in Schnellroda in Sachsen-Anhalt betreibt. Dabei sinniert Jonas Schick, ein Kader der Identitären Bewegung und Herausgeber eines rechten Ökomagazins, mit einem schrägen Vergleich zu dem aus dem Jahr 1900 für Frauenrechte engagierten Sufragetten-Bewegung über die Frage, ob die extreme Rechte ihren politischen Forderungen durch »gezielte Brandstiftungen« Nachdruck verleihen solle und ob es sinnvoll sei, »bestimmte Ziele einfach abzubrennen«. Explizit nannte er die Jahreszahl 2015, also das Jahr des massiven rechtsextremen Wider-

stands gegen die von weiten Teilen der Gesellschaft unterstützte Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Anschläge wie in Bautzen legen den Eindruck nahe, dass Teile der Szene gewillt sind, von der Theorie zur Praxis überzugehen. David Begrich, Rechtsextremismus-Experte vom Magdeburger Verein »Miteinander«, warnt bereits davor, dass Brandanschläge wie in der ostsächsischen Stadt oder eine Woche zuvor im mecklenburgischen Strömkendorf in der rechtsextremen Szene zur »Initialisierung einer rassistischen Mobilisierung« führen könnten. Indizien dafür gibt es. So wurde kurz nach dem Anschlag von Bautzen auch ein Knallkörper auf das Grundstück einer Flüchtlingsunterkunft in Neukieritzsch bei Leipzig geworfen.

.....
»Die AfD liefert die Schlagworte, andere werfen Brandsätze.«

Kerstin Köditz Abgeordnete Die Linke

Wie nahtlos dabei politische Hetze, gewalttätige Übergriffe und rechter Terror ineinander übergehen – auch das hat sich in Sachsen schon in den Jahren 2015 und 2016 gezeigt. Damals erlebte die islamfeindliche Pegida-Bewegung vor dem Hintergrund der Flüchtlingswelle einen massiven Höhenflug. Flächendeckend entstanden zudem »Nein zum Heim«-Initiativen. Die dort geschürte Stimmung mündete in Brandanschlägen wie in Bautzen und der Randalen von Heidenau, in den Ausschreitungen gegen einen Bus voller Flüchtlinge im erzgebirgischen Claußnitz oder der regelmäßigen Belagerung des Hotels »Leonardo« in Freital durch eine von Rechts-extremen aufgewiegelt Menge. Sie waren schließlich auch der Nährboden für rechten Terror, wie ihn etwa die »Gruppe Freital« mit Sprengstoffanschlägen gegen Flüchtlinge und deren Unterstützer verübte. Auch der aus dem Pegida-Milieu stammende »Moscheebomber« in Dresden fällt in diese Kategorie.

So weit ist die Lage in Sachsen bisher nicht eskaliert. Allerdings kommt der Anschlag in Bautzen auch nicht aus dem Nichts. In diesem Jahr gab es in Leipzig-Grünau bereits Übergriffe gegen eine von ukrainischen Flüchtlingen genutzte Unterkunft, eine Turnhalle und eine Kita. Rechte Gruppierungen versuchen derweil, die angespannte Lage bei der Unter-

bringung von Geflüchteten zur Stimmungsmache zu nutzen. Als Kronzeugen können sie dabei ausgerechnet den Innenminister zitieren, der schon vor Wochen orakelt hatte, der Zustrom von Flüchtlingen werde »in Kürze kaum noch zu bewältigen sein«. Die AfD hatte kurz vor ihrer Kundgebung am »Spreehotel« im Kreistag Bautzen vergebens versucht, einen Aufnahmestopp für Geflüchtete durchzusetzen. Einen ebensolchen Antrag stellte im Chemnitzer Stadtrat die Fraktion der »Freien Sachsen«, die dabei vor einer »Asylwelle« warnte. Diese rechtsextreme Gruppierung, deren Anführer der Chemnitzer Anwalt und Stadtrat Martin Kohlmann ist, mobilisiert in vielen sächsischen Städten seit Monaten regelmäßig Tausende zu Demonstrationen, die sich zunächst gegen die Corona-Politik richteten und aktuell die Energiekrise und den Ukraine-Krieg instrumentalisieren. Sie könnten vermutlich relativ problemlos auch auf das Flüchtlingsthema zugeschnitten werden.

Vor diesem Hintergrund sind entschlossene Kampfansagen aus der Landespolitik zu verstehen. Regierungschef Kretschmer sagte nach dem Bautzener Brandanschlag, die Aufklärung dieser Straftat habe »höchste Priorität«. Albrecht Pallas, Innenpolitiker der mitregierenden SPD, sprach von einem »Weckruf für die Behörden, aber auch die Gesellschaft«. Rico Gebhardt, Fraktionschef der Linken im Landtag, richtete einen Appell an die »demokratischen Parteien, die Staatsregierung, die Strafverfolgungsbehörden, Gewerkschaften, Kommunen, Sozialverbände und die Unternehmerinnen und Unternehmer«. Diese sollten sich gemeinsam gegen Hass positionieren und die »Zivilisation gegen alle verteidigen, die sie angreifen«. Am Sonntagmittag hatte die Linke zu einer Kundgebung in Bautzen aufgerufen. Zu den Rednern gehörte neben Parteivertretern auch Oberbürgermeister Vogt. Die Kundgebung war zweifellos ein wichtiges Zeichen, allerdings ein eher kleines: Gekommen waren rund 150 Menschen. Das ist selbst an einem um einen Feiertag verlängerten Wochenende nicht berauschend: Bautzen hat knapp 39 000 Einwohner. Die eher bescheidene Teilnehmerzahl bestätigt augenscheinlich die Einschätzung des Chefs eines Lokal-Fernsehsenders, der zuvor in einem Kommentar beklagt hatte, es habe sich »ein trüber, kalter Schleier der Empathielosigkeit über die Stadt der Türme gelegt«.

DPA/HEIKO RESCH